

TERMINE

Gesetzgebungsverfahren und ausgewählte Verordnungen

Gesetze und Verordnungen (laufende und geplante Verfahren)

Gesetz zur Unterstützung und Entlastung in der Pflege (Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz – PUEG)

- zustimmungsfrei -

- Beitragssatz für die Pflegeversicherung wird zum 01.07.2023 von 3,05 auf 3,4 Prozent erhöht - ergänzend steigt der Zuschlag für kinderlose Versicherte von 0,35 auf 0,6 Prozent.
- Einführung gestaffelter Beitragssätze für Eltern (Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils)
- Weitere Leistungsverbesserungen für Pflegebedürftige
- Verpflichtende Anbindung aller Pflegeeinrichtungen an TI und ePA ab 01.07.2024

vsl. 29.03.2023	Kabinettsbeschluss
23.03.2023	neuer Referentenentwurf
20.02.2023	Referentenentwurf

Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Anspruch auf Schutzimpfung gegen Influenza und Masern

- Dauerhafter Anspruch auf eine zweite Schutzimpfung gegen Masern für Personen, die in Einrichtung zur gemeinschaftlichen Unterbringung von Asylbewerbern, vollziehbar Ausreisepflichtigen, Flüchtlingen und Spätaussiedlern untergebracht sind sowie in einer Gemeinschaftseinrichtung (z. B. KITAS) betreut werden
- Die Kosten werden durch die GKV getragen.

Am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten
15.02.2022	Referentenentwurf

Gesetz zum Schutz von Kindern vor Werbung für Lebensmittel mit hohem Zucker-, Fett- oder Salzgehalt (Kinder-Lebensmittel-Werbegesetz – KWG)

- zustimmungspflichtig -

- Verbot von an Kinder gerichtete Werbung oder Sponsoring für Lebensmittel mit hohem Zucker-, Fett- oder Salzgehalt

Am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten
14.02.2023	Referentenentwurf

Fünfzehntes Gesetz zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch - Stiftung Unabhängige Patientenberatung Deutschland

- zustimmungsfrei -

- UPD wird im Rahmen einer Stiftung bürgerlichen Rechts neu strukturiert und verstetigt
- GKV-Spitzenverband errichtet die Stiftung und finanziert diese – ab 01.01.2024 jährlicher Zuschuss von 15 Mio. Euro; PKV kann sich anteilig in Höhe von 7 Prozent an den Kosten der Finanzierung beteiligen
- Aussetzung der Budgets in der allgemeinen ambulanten Kinder- und Jugendmedizin sowie der Schwerpunktbereiche der Kinder- und Jugendmedizin; vollständige Ausbudgetierung der Kinder- und Jugendpsychiatrie

Am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten
----------------------------	---------------

vsl. 31.03.2023	2. Durchgang Bundesrat
16.03.2023	2./3. Lesung Bundestag
01.03.2023	Anhörung im Gesundheitsausschuss
10.02.2023	1. Durchgang Bundesrat
26.01.2023	1. Lesung Bundestag
21.12.2022	Kabinettsbeschluss
17.10.2022	Referentenentwurf

Gesetz zur Bekämpfung von Lieferengpässen bei patentfreien Arzneimitteln und zur Verbesserung der Versorgung mit Kinderarzneimitteln

(Arzneimittel-Lieferengpassbekämpfungs- und Versorgungsverbesserungsgesetz – ALBVVG)

- zustimmungsfrei -

- Verbesserung der Versorgung mit Arzneimitteln für Kinder
- Maßnahmen zur Diversifizierung der Lieferketten und verbindliche Vorratshaltung bei Rabattverträgen
- Unterstützung von Marktsegmenten mit wenigen Anbietern bei Festbetrags-Arzneimitteln
- Verfahren zur frühen Erkennung von Versorgungsengpässen

Am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten
vsl. 07.07.2023	2. Durchgang Bundesrat
vsl. 22. oder 23.06.2023	2./3. Lesung Bundestag
vsl. 14.06.2023	Anhörung im Gesundheitsausschuss
vsl. 24. oder 25.05.2023	1. Lesung Bundestag
vsl. 12.05.2023	1. Durchgang Bundesrat
vsl. 29.03.2023	Kabinettsbeschluss
14.02.2023	Referentenentwurf
16.12.2022	Eckpunkte

Verordnung zur Ausgestaltung des Hilfsfonds des Bundes für Rehabilitation und Teilhabe

(Rehabilitationshilfsfonds-Verordnung – ReHV)

- Zustimmung des Bundesrates notwendig -

- Umsetzung der Möglichkeit einer einmaligen Energiekostenhilfszahlung an Reha-Einrichtungen

31.03.2023	Bundesrat
30.01.2023	Referentenentwurf

Gesetz zur Änderung des Onlinezugangsgesetzes sowie weiterer Vorschriften

(OZG-Änderungsgesetz – OZG-ÄndG)

- Ausweitung des unmittelbaren Gültigkeitsbereiches des Onlinezugangsgesetzes auf Krankenkassen und gesamte Sozialversicherung
- Krankenkassen werden zu unmittelbarer Anbindung an das Bürgerkonto des Bundes verpflichtet

20.01.2023	Referentenentwurf
------------	-------------------

Cannabis-Legalisierung

- Einführung einer kontrollierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu Genusszwecken in lizenzierten Geschäften
- Produktion, Lieferung und Vertrieb von Genusscannabis werden innerhalb eines lizenzierten und staatlich kontrollierten Rahmens zugelassen

25.10.2022

Eckpunkte der Bundesregierung

Gesetze und Verordnungen (laufende Verfahren) – Corona-Pandemie**Erste Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Arzneimittelversorgungsverordnung und der Monoklonale-Antikörper-Verordnung**

- Verlängerung der Regelungen zur Abgabe von antiviralen Arzneimitteln zur Behandlung von COVID-19-Erkrankungen und Arzneimitteln mit monoklonalen Antikörpern bis zum 31.12.2023

Am Tag nach der Verkündung

Inkrafttreten

16.03.2023

Referentenentwurf

Verordnung zum Anspruch auf zusätzliche Schutzimpfung und auf Präexpositionsprophylaxe gegen COVID-19 (COVID-19-VorsorgeV)

- Anschlussregelungen für den Anspruch auf Schutzimpfungen gegen COVID-19, auf verschreibungspflichtige Arzneimittel zur Präexpositionsprophylaxe zum Schutz vor COVID-19 und die rechtliche Grundlage für das Meldesystem zur Erfassung der Schutzimpfungen gegen COVID-19 und der entsprechenden Impfquoten in Deutschland (Digitale Impfquotenmonitoring, DIM) nach Auslaufen der CoronaimpfV
- Ab dem 08.04.2023 reduziert sich der Umfang des Anspruchs auf Schutzimpfungen gegen COVID-19 auf die dann geltende Festsetzung in der Schutzimpfungsrichtlinie des G-BA. Krankenkassen können nach eigenem Ermessen auf Grundlage von § 20i Absatz 2 SGB V in ihrer Satzung weitere Schutzimpfungen und andere Maßnahmen der spezifischen Prophylaxe vorsehen.
- Die Kosten werden mehrheitlich durch die gesetzliche Krankenversicherung getragen.

Am Tag nach der Verkündung

Inkrafttreten

01.03.2022

Referentenentwurf

Abgeschlossene Gesetze und Verordnungen**Vorschlag zur Verlängerung der Umsetzungsfristen der Medizinprodukteverordnung (MDR)**

– besonders eilbedürftig (beschleunigtes Mitentscheidungsverfahren) –

- Gestaffelte Verlängerungen der Übergangsfristen der seit 2021 geltenden MDR: 31.12.2027 für Medizinprodukte mit höherem Risiko (Klasse III und IIb), 31.12.2028 für Medizinprodukte mit geringerem Risiko (Klasse IIa und I)
- Bestände von Medizinprodukten, die auf den Markt gebracht wurden und noch verfügbar sind, können weiter auf dem Markt verbleiben

20.03.2023

Inkrafttreten

07.03.2023

Annahme Rat

16.02.2023

Zustimmung Europäisches Parlament

06.01.2023

Vorschlag der Europäischen Kommission

09.12.2022

Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO):
Aufruf der EU-Gesundheitsminister zur Vorlage eines Vorschlags